

# Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 5 · Mai/Juni · 2020

Widerstand der

**Offensive  
der Bosse!**

Gemeinsam kämpfen

**Für den Sozialismus!**

**Unser Programm  
zu Corona & Krise**

**Proteste in  
den USA**

**Unser Programm zu  
Verstaatlichungen**

# Corona-Pandemie, Stellenstreichung, Kurzarbeit,...

# Stoppt die Offensive der Bosse!

Katharina Doll

Die Corona-Pandemie hat die soziale Katastrophe ins Rollen gebracht, die schon seit Jahren in den Geschäftsbüchern der Banken und Konzerne, der Blasenbildung auf dem Aktienmarkt und der anhaltenden Überproduktion brodelte. Denn was wir erleben ist keine „Corona-Krise“, sondern eine zyklische Krise des Kapitalismus, deren Ausmaß noch schwer zu ermessen ist.

Und während die Medien voll sind von der Corona-Pandemie, werden massive Stellenstreichungen angekündigt, Werkschließungen durchgeführt wie bei Voith in Sonthofen, werden Arbeitsrechte ausgehebelt wie mit der Verordnung zur 60-Stunden-Woche und massive soziale Kürzungen durchgesetzt. Noch nie zuvor haben so viele Betriebe Kurzarbeit (was nichts anderes ist, als eine über Sozialabgaben bezuschusste Lohnkürzung) angemeldet, wie vergangenen März.

**Das ist kein Krisenmanagement „zum Wohl der Allgemeinheit“ – es ist ein sozialer Angriff!**

Sehen wir uns die Argumente der Bundesregierung genauer an: Corona-Pandemie und Wirtschaftskrise gefährden „uns alle“. Deshalb müssen „wir“ tief in die Tasche greifen, um – von unserem Geld, so viel ist wahr – 600 Milliarden Euro an Großbanken und –konzerne zu verteilen. 600 Milliarden, die in den vergangenen Jahren im Gesundheitssystem, den Schulen und in der Armutsbekämpfung bitter gefehlt haben. Im gleichen Rutsch werden Millionen in die Kurzarbeit gedrängt und fundamentale Arbeitsrechte unter Beschuss genommen.

**Ob Merkel, Spahn oder Laschet: Es regiert die Diktatur des Finanzkapitals!**

Nicht „wir“ werden gerettet – sondern die Profite der Banken und Konzerne. Das beweisen auch andere Tatsachen. Wir sehen Großkonzerne wie Nestlé, dessen Aktienkurs trotz Börsencrashes am 9.4.2020 fast 20% besser dasteht als zum selben Zeitpunkt im letzten Jahr. Auch Cargill oder Dr. Oetker, die einen Großteil des Nahrungsmittelmarktes in Deutschland dominieren, gehören zu den wenigen Gewinnern des Lockdowns. Anscheinend sitzen wir doch nicht „alle im gleichen Boot“. Ihre Milliardenrenditen werden nicht zu Hilfe genommen, wenn es um die „gerechte Verteilung der Kosten“ der Wirtschaftskrise geht.



Voith Sonthofen erlebt, dessen Werk geschlossen werden soll, was eine Streichung von 500 Stellen bedeutet. Und das, obwohl der Konzern weder pleite ist, noch schlechte Umsätze einfährt! Erst 2019 berichtete der Konzern in seiner Bilanz über einen Umsatzwachstum von zwei Prozent und neun Prozent mehr Aufträge als im Vorjahr.

Doch Merkel, Spahn und Laschet – so sehr sie sich auch hin und wieder öffentlich beackern – machen Politik für die Chefetagen der Großbanken und –konzerne. Sie alle werden ohne Unterschied dafür sorgen, dass das Geld am Ende von unten nach oben fließt, und im Interesse der Bosse des Finanzkapitals gehandelt wird. Dagegen sind ihre „politischen Unterschiede“ nicht mehr als Makulatur. Wir leben in der Diktatur des Finanzkapitals.

**Keine Sozialreformen, sondern Neoliberalismus 2.0!**

Die deutsche Bundesregierung will uns erzählen, sie würde in die kriselnde Wirtschaft „regulierend eingreifen“. Doch regeln werden sie nichts als die zielsichere Umverteilung von Geldern von unten nach oben.

Und die Suppe, die sie jetzt kochen, werden wir auslöfeln! Dazu gibt es aus der letzten Krise mehr als genug Beispielspiele. Der Verabschiedung von Milliardenpaketen folgte damals – beschlossen 2009 und in Kraft getreten im Jahr 2011 – die Schuldenbremse. Teilverstaatlichungen, wie sie im alten Rettungsschirm Soffin vorgesehen sind und auch jetzt wieder in der Luft liegen, werden genutzt, um mit etlichen Millionen Steuergeldern Anleger für ihre heruntergerockten Bilanzen reich zu entlohnen, um die Konzerne wenig später wieder für Spottpreise wieder auf den freien Markt zu werfen. Auf uns wartet keine Zeit der Sozialre-

formen, sondern massive Angriffe im Interesse des Großkapitals – wenn wir uns nicht dagegen wehren!

### Gewerkschaften für Arbeiter, nicht für Bosse!

Die Kolleginnen und Kollegen in Sonthofen machen es vor: unsere Antwort auf Ihre Kürzungen müssen Streik und Widerstand sein. Was wir dazu brauchen, sind kämpferische Gewerkschaften – und das bedeutet einen spürbaren Richtungswechsel. Denn heute erleben wir, wie die Führungsriege von Gewerkschaften wie der IG Metall in der Genera-offensive der Bosse nicht nur den Kopf in den Sand steckt, sondern einen echten Kampf nach allen Kräften verhindert.

Während die bundesweite Tarifrunde Metall vorerst wegen Corona ausgesetzt wurde, stimmt die IG Metall-Führung in NRW einem Abschluss zu, der keine Lohnerhöhung und eine „Aufstockung“ der Kurzarbeit beinhaltet, die größtenteils aus Weihnachts- und Urlaubsgeld der Kollegen finanziert wird. Zur Ausweitung der legalen Arbeitszeit von 40 auf 60 Stunden per Dekret haben die Spitzen des DGB nichts weiter zu sagen, als die Chefs zu bitten, eine solche Maßnahme doch nur als letztes Mittel zu ergreifen!

Seit Beginn der Krise galt die Solidarität der Bürokraten nicht den Arbeitern, die die Basis ihrer Organisationen bilden, sondern den Bossen, ihr Einsatz nicht dem Recht ihrer Mitglieder, sondern dem Recht der Chefs auch weiterhin Gewinn zu machen!

### Der Kapitalismus ist die Krise

Die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sitzt nicht in den gut bezahlten Sesseln der Gewerkschaftsbürokraten. Wir haben um unsere Gesundheit, unsere Löhne und unsere Zukunft zu kämpfen.

Wir wollen keinen Kompromiss mit denjenigen, die uns das Geld aus der Tasche klauen, auf dass sie die Privilegien der Bürokraten im Aufsichtsrat erhalten. Was wir brauchen, ist ein entschiedener Kampf gegen die elenden Zustände der sozialen Kürzungen, der Umverteilung nach oben und der Geldgeschenke an die Chefs auf dem Privatmarkt.

Wir sind nicht verantwortlich für die Krisen des kapitalistischen Systems, dessen Politikern nichts heiliger ist als der Profit ihrer Banken und Konzerne. Was wir brauchen, ist ein grundlegender und radikaler Politikwechsel: hin zu einem demokratischen Wirtschaften im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und Jugend.

Das alles ist auf einem einzigen Weg möglich: Dem Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals in Betrieben und Gesellschaft. Nur wenn die Produktionsmittel, die Banken und Konzerne, aus den Händen ihrer parasitären Besitzer genommen und in die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Arbeitenden und des Staates überführt werden ist echte Demokratie und ein Ende des Massenelends möglich. ■

## Unser Aktionsprogramm gegen Corona-Pandemie und Wirtschaftskrise

- **Verstaatlichung des Gesundheitssektors unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Kollegen.** Kostenlosbehandlung aller Patienten. Ausgliederte Bereiche wie Hygiene oder Essensausgabe wieder eingliedern! Plan zur Einstellung von 160.000 Kolleginnen und Kollegen des medizinischen Personals!
- **Freistellung aller Kolleginnen und Kollegen aus Risikogruppen** und mit Kindern oder zu betreuenden Senioren bei voller Lohnfortzahlung.
- **Nein zu Kurzarbeit und Zeitarbeit! Geplante Werkschließungen oder Stellenstreichungen stoppen** Stattdessen: Öffnung der Geschäftsbücher von Großkonzernen und Banken; Dividenden einfrieren und Löhne voll auszahlen!
- **Sofortige Annullierung aller Zwangsräumungen, vorübergehende Aussetzung der Zahlung von Miete, Strom, Wasser und Telekommunikationsdiensten für alle bedürftigen Arbeiterfamilien.**
- **Massive Preissenkung und Deckelung der Preise aller lebenswichtigen Güter.**
- **Drastische Steuererhöhungen auf Unternehmensprofite und Erbschaften. Spekulationsgewinne enteignen.** Freiwerdende Ressourcen zur Ausfinanzierung aller notwendigen Sozialprogramme nutzen!
- **Für einen demokratisch erstellten Wirtschaftsplan,** der die folgenden Bereiche beinhalten muss: Umstellung von Teilbereichen der Produktion auf lebensnotwendige und medizinische Bereiche. Ausbau des Gesundheits- und Bildungssystems, massives Rentenerhöhungsprogramm, gleichmäßiger Ausbau des Streckennetzes, Nahverkehr öffentlich und umsonst!
- **Diktatur des Finanzkapitals brechen: Überführung der Banken und Konzerne der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der einfachen, arbeitenden Bevölkerung.**

# USA: Erneuter rassistischer Mord löst Aufstände im ganzen Land aus



## NUR DER KLASSENKAMPF KANN TRUMP ZU FALL BRINGEN.

Erklärung der Internationalen Revolutionären Linken, veröffentlicht auf Spanisch am 01. Juni 2020

Am vergangenen Montag, dem 25. Mai, wurde der 46-jährige schwarze Arbeiter George Floyd in der Stadt Minneapolis von einem Polizisten brutal ermordet. Auf dem Video seiner Verhaftung sieht man Officer Derek Chauvin, wie er sein Knie in Floyds Nacken drückt, als er ihn etwa neun Minuten lang zu Boden drückte, obwohl er deutlich machte, dass er nicht atmen kann. Drei weitere Polizeibeamte waren an dem Verbrechen beteiligt. Floyd starb Stunden später im Krankenhaus, und seine Ermordung ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt: ein sozialer Aufstand mit für einen Aufstand typischen Elementen hat sich in mehr als 25 Großstädten im ganzen Land ausgebreitet und die Trump-Regierung in die Schranken gewiesen.

Diese neue Episode rassistischer Polizeigewalt hat etwas bewirkt, was die herrschende Klasse der USA seit Langem befürchtet hat: die Explosion all der Widersprüche, die in der Gesellschaft seit Langem schlummern: Massive Arbeitslosigkeit gepaart mit einer tiefen Wirtschaftskrise, verbunden mit dem Fehlen sozialer Sicherheit und einer öffentlichen Gesundheitsfürsorge, während eine Wirtschaftselite obszöne Vermögen anhäuft und Dutzende Millionen Familien in Armut und soziale Ausgrenzung treibt und Washingtoner Politiker Rettungspläne für die Wall Street verabschieden.

Am Tag nach Floyds Ermordung begannen die Proteste in Minneapolis, wo Tausende friedlich auf die Straße gingen

und Gerechtigkeit forderten. Die Polizei reagierte mit Tränengas und Gummigeschossen. Doch die brutale Repression, die sich in den nächsten Tagen ausbreitete, schreckte die Demonstranten, die sich rechtmäßig verteidigten, nicht ab.

Trump befahl die Entsendung von 550 Truppen der Nationalgarde in die Stadt. Am zweiten Tag der Zusammenstöße wurde ein Demonstrant von der Polizei mit einer Tränengassalve abgeschossen und getötet und die Zahl der Todesopfer steigt weiter. Die Entschlossenheit der Zehntausenden von jungen Schwarzen, Weißen, Asiaten,... aus der Arbeiterklasse und von älteren Menschen wurde der Welt durch Hunderte von Videos sichtbar, die in sozialen Netzwerken zirkulieren.

Wie erwartet, haben die herrschende Klasse und die ihnen dienenden Medien eine Kampagne der Kriminalisierung gegen die Mobilisierungen begonnen, indem sie Floyds Mörder und diejenigen, die sie aus dem Weißen Haus heraus schützen, entschuldigen. Die bürgerliche US-Presse hat keine Sekunde gezögert, die Demonstranten als „Plünderer“ und „Kriminelle“ zu bezeichnen.

Donald Trump selbst ist in den Konflikt eingetreten und schüttete Benzin ins Feuer. Der Verfechter einer privaten Gesundheitsversorgung als einem lukrativen Geschäft für die multinationalen Konzerne, der einer gesundheitlichen Pandemie machtlos gegenübersteht, der Plutokrat, der sein

Volk im Stich gelassen hat, um die Finanz- und Geschäfts-oligarchie zu bereichern, hat nicht gezögert, den Protesten den Krieg zu erklären.

Doch weder die Ausgangssperre in mehr als einem Dutzend Städten, die sowohl von Republikanern als auch von Demokraten regiert werden, noch die zunehmende Stationierung der Nationalgarde haben es geschafft, diesen beeindruckenden Aufstand niederzuschlagen.

Die Bilder dieses Kampfes koexistierten mit den erschreckenden Szenen der Toten und Infizierten der Coronavirus-Pandemie. Die Ausbreitung der Krankheit hat die prekäre Situation offenbart, in der der Großteil der amerikanischen Arbeiterklasse und Jugend lebt.

### Ein rassistischer Staatsapparat im Dienste des Kapitals und der weißen Elite

Die soziale Explosion in den Straßen der Weltmacht USA richten sich gegen den organischen Rassismus der Institutionen der US-Bourgeoisie. Es besteht kein Zweifel, dass der Hass auf schwarze Arbeiter ein Markenzeichen von Donald Trump ist, aber er ist im Weißen Haus nichts Neues. Es war unter der Ära Obama, als die Fälle von Schwarzen, die von der Polizei getötet wurden, sprunghaft anstiegen. Der ehemalige Präsident lieferte militärische Ausrüstung an Polizeidienststellen im ganzen Land, einer der Gründe für den Anstieg der Todesfälle durch Polizeigewalt.

Rassismus ist vor allem eine Frage der Klasse. Das einzige Verbrechen von Eric Garner, Trayvon Martin, Mike Brown, George Floyd und all jenen, die von der Polizei getötet wurden, war, dass sie schwarz und aus der Arbeiterklasse waren. Die Polizei, ihre Gesetze und ihre Justiz dienen den Interessen der herrschenden Klasse, der Bankiers und Geschäftsleute, die die ärmsten Schichten der Gesellschaft eisern unterdrücken.

Wenn der Polizist, der Floyd erstickt hat, wegen Mordes und Totschlags angeklagt wurde, dann lag das an der massiven Mobilisierung, die im ganzen Land stattgefunden hat. Aber dies ist nur eine durch die Umstände erzwungene Geste um die wachsende Empörung einzudämmen. Es geht darum, den Kampf fortzusetzen, seinen Umfang und auch die Klarheit seiner Ziele zu vergrößern, was nicht anders sein kann als die vollständige Säuberung der Polizei von reaktionären Elementen, die vertrieben und auf beispielhafte Weise bestraft werden müssen.

**Die Polizeidienststellen müssen unter die Kontrolle von Nachbarschaftsgemeinschaften und Organisationen der Arbeiterklasse gestellt werden, angefangen bei den Gewerkschaften, sozialen und kommunalen Kollektiven, wie Black Lives Matter und vielen anderen, die an vorderster Front im Kampf für demokratische Rechte und gegen Rassismus stehen. Diese Maßnahme muss ergänzt werden durch ein Programm zur Anhebung der Löhne auf 15 Dollar pro Stunde, zur sofortigen Einführung einer kostenlosen, universellen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Gesundheitsversorgung und Bildung, zur umfassenden Reform der Armenviertel durch die Bereitstellung menschenwürdiger Wohnungen und der notwendigen sozialen und kulturellen Einrichtungen, zur Bereitstellung kostenloser, qualitativ hochwertiger und ökologischer Verkehrsmittel und zur Bewilligung eines**

**Arbeitslosengeldes in Höhe von 2.000 Dollar pro Monat, bis sie eine Beschäftigung finden. Dies ist der wirksame Weg, um gegen die Katastrophe zu kämpfen, die sich über die amerikanische Arbeiterklasse und Jugend abzeichnet.**

### Für eine Partei der Arbeiter und Jugendlichen! Kein Vertrauen in die Demokratische Partei!

Der Apparat der Demokratischen Partei hat einmal mehr gezeigt, dass er eine Säule des Systems ist und dass seine Wurzeln in der Verteidigung der Interessen der herrschenden Klasse liegen. Präsidentschaftskandidat Joe Biden dankte dem Bürgermeister von Minneapolis für die Entfernung der beteiligten Polizisten und hat eine Untersuchung gefordert. Es scheint, dass das Videoband von Floyds Tod kein ausreichender Beweis ist! Bidens Standpunkt ist ein Versuch, seine Verantwortung für die Unterdrückung von Millionen armer Schwarzer in den USA zu verbergen – er war der Autor des berüchtigten „Crime Bill“ von 1994, der die Rassentrennung in Schultransporten befürwortete.

Nach dem Rücktritt von Bernie Sanders ist die es nötiger denn je, eine unabhängige Partei der Arbeiterklasse und Jugend aufzubauen. Die Bedingungen der sozialen Ungleichheit, die die Welle der Pro-Sanders-Bewegung ausgelöst haben, werden sich in der kommenden Zeit verhärten.

Mit den jetzigen Aufständen handelt es sich um eine Bewegung, die über Rassengrenzen hinweg geeint und durch die Zugehörigkeit zu derselben sozialen Klasse vereint ist: der Arbeiterklasse.

Alle Arbeiterorganisationen und linken Organisationen müssen diese Mobilisierung aufrechterhalten und energische Schritte unternehmen, um eine unabhängige Partei der Arbeiterklasse und Jugend aufzubauen, die mit dem demokratischen Establishment und mit der Bourgeoisie und ihrer Politik bricht. Sanders hat dieses Ziel aufgegeben und dem demokratischen Apparat nachgegeben, wie es Ocasio-Cortez getan hat. Aber sich an Biden anzuketten, ist nicht die Option, für die Zehntausende heute auf den Straßen kämpfen.

Eine Partei der Arbeiter, die keine sektiererischen Ideen und Methoden übernimmt, die in den sozialen Bewegungen, in den großen Gewerkschaften, die eine echte sozialistische Politik verteidigen, mutig arbeitet, die klar die Notwendigkeit erklärt, das Bankensystem und die großen amerikanischen Monopole zu verstaatlichen und die Wirtschaft demokratisch zu planen, um das Volk und nicht die Plutokratie zu retten.

Die gesamte Arbeiterklasse und die Jugend müssen aufgerufen werden, sich an diesen Protesten zu beteiligen und neue koordinierte und Massendemonstrationen in den Großstädten des Landes zu organisieren, und sie müssen mit diesem antikapitalistischen und revolutionären Programm ausgestattet werden.

Nur durch die Beseitigung dieses verrotteten Systems können wir der Klassenunterdrückung ein Ende setzen. Um all diesen Bestrebungen gerecht zu werden, brauchen die amerikanische Arbeiterklasse und Jugend, die außerordentliche Stärke demonstrieren, ihre eigenen Werkzeuge: Der Aufbau einer Arbeiterpartei in den USA ist eine Notwendigkeit, die nicht aufgeschoben werden kann, wenn wir diesen Kampf führen und zu einem erfolgreichen Abschluss bringen wollen. ■

# Die kapitalistische Katastrophe und wie man sie bekämpfen kann



Erklärung der Internationalen Revolutionären Linken, veröffentlicht auf Spanisch am 04. April 2020

Coronavirus-Pandemie und Wirtschaftskrise haben die sozialen und politischen Widersprüche der letzten zehn Jahre zur Explosion gebracht und die Zivilisation vor ein historisches Dilemma gestellt. Die Zahlen der Kranken und Toten steigt stetig. Die Lähmung der Produktion und des Handels und die Welle von Massenentlassungen werden in unmittelbarer Zukunft weitreichende Folgen haben.

Der Nationalstaat und die Diktatur des Finanzkapitals sind seit Langem eine Bremse für den Fortschritt der Produktivkräfte und den Fortschritt der Menschheit. Nicht das Virus bringt die Barbarei, sondern der Kapitalismus.

## Klassenkampf

Heute ist klar, dass der alte Wohlstand der 50er-, 60er- und 70er-Jahre in den USA und Europa längst verblasst ist. Der Kapitalismus, so räuberisch und unersättlich er ist, ist verantwortlich für die gesundheitliche und wirtschaftliche

Krise, in der wir uns befinden, und die eine Zäsur in der Weltgeschichte darstellen wird.

Die Ereignisse, die sich nun entwickeln, werden das Bewusstsein breiter Teile der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern maßgeblich beeinflussen. Das gilt auch für die prekarierte Jugend und für einen beträchtlichen Teil der verarmten Mittelschichten.

Was wir heute erleben, ist eine Kriegserklärung an die Arbeiterklasse und die Unterdrückten dieser Welt. Und wie in jedem Klassenkampf sind wir Zeugen der egoistischsten, kleinlichsten und zynischsten Haltung jeder nationalen Bourgeoisie, die ihre Position sichern und sich auf Kosten ihrer Konkurrenten retten will.

Ihre Propaganda von der „Menschenwürde“ ist keinen Pfifferling wert. Trump und die Handvoll Milliardäre, die die amerikanische Industrie und Politik kontrollieren, sagen es ganz offen: Hunderttausende werden sterben, aber das Wichtigste sind die 2,2 Billionen Euro, die der Kongress und der Senat genehmigt haben, um die großen Unternehmen des Dow Jones und des Nasdaq zu retten.

Sieht man von der rhetorischen Verwirrung ab, die die bürgerliche Politik und ihre Medien sähen, verlaufen die in

Europa getroffenen Entscheidungen alle nach dem gleichen Muster – sei es die PSOE-Unidas Podemos Regierung in Spanien, die Comte Exekutive in Italien, Macrón in Frankreich oder die CDU-SPD Koalitionsregierung unter Merkel in Deutschland: Mehr als 6 Billionen Euro an öffentlichen Mitteln werden von den Regierungen und Zentralbanken der mächtigsten Nationen mobilisiert. Das Ziel? Die „Solvenz“ der multinationalen Unternehmen und Banken mit einem Liquiditätsstrom zu gewährleisten, den Zusammenbruch ihrer Aktien an der Börse verhindern und ihre Gewinne so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Die Geschichte der Großen Rezession von 2008 wiederholt sich, nur in größerem Maßstab: Bei dieser Gelegenheit versprechen sie uns, die Lehren aus der finanziellen Deregulierung zu ziehen, und zehn Jahre später, wo die Spekulationsblase doppelt so groß ist wie damals, gehen sie nach dem selben Muster vor, im vollen Wissen, dass sie die Krisenhaftigkeit des globalen Kapitalismus nicht aufhalten werden. Es ist eine Farce.

### Nationale Einheit?

Die Propaganda der Kapitalisten verläuft nach einem perfekt abgestimmten Drehbuch. Sie versuchen, ihre Entscheidungen als unvermeidlich darzustellen, weil wir einem „unvorhersehbaren Problem“ gegenüberstehen. Aber die Großmächte waren sich der Schwere der Krise sehr wohl bewusst. Als das chinesische Regime die vollständige Eindämmung der Region Hubei (60 Millionen Einwohner) beschloss, wurde von der EU, den USA und Großbritannien nichts unternommen, um wirksame und energische Präventivmaßnahmen zu ergreifen.

Die von der herrschenden Klasse tausendmal wiederholten Lügen wurden von der traditionellen Sozialdemokratie und auch von den Neuen Linken Formationen sklavisch wiederholt. In ihrem Bemühen, den Kapitalismus mit „demokratischen“ Mitteln zu retten, schrecken sie nicht davor zurück, die Drecksarbeit der großen Wirtschaftsmächte zu erledigen.

Die Bourgeoisie und ihre bezahlten Politiker – einschließlich der Sozialdemokratie in ihren verschiedenen Varianten und der Gewerkschaftsbürokratie –, die Fernseher, die Zeitungen, die Spezialisten und die Politologen rufen uns zum Burgfrieden und zur „nationalen Einheit“. „Wir sitzen alle im gleichen Boot“. Das System braucht den Kitt der „nationalen Einheit“. Zu welchem Zweck? Um diejenigen mundtot zu machen, die die Last dieser Krise tragen müssen!

Doch was ist mit den erbitterten Klassenkämpfen, den wir erlebt haben, die Generalstreiks, Aufstände und Revolutionen, die Frankreich, Chile, Ecuador, Bolivien, Honduras, den Sudan, Algerien und Hongkong erschüttert haben? All diese Ereignisse und viele andere sind Anzeichen einer neuen Ära und eine wichtige Schule für die kommenden Kämpfe. Es wird nur ein wenig Zeit brauchen, und der Nebel der bürgerlichen Demagogie wird sich auflösen.

### Die Wirtschaftskrise wird den inter-imperialistischen Kampf intensivieren

Die Zahlen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs können nur mit denen eines verheerenden

Krieges verglichen werden. Nach Angaben des International Institute of Finance werden die Volkswirtschaften der USA und der EU in der ersten Jahreshälfte um 10% bzw. 18% einbrechen. Für Morgan Stanley wird die Schrumpfung der US-Wirtschaft zwischen März und Juni 30 % betragen, und die Arbeitslosenquote wird sich auf fast 13 % belaufen. Das Research-Büro der Deutschen Bank spricht vom schlimmsten Sturz seit den 1930er Jahren nach dem Absturz von 1929.



Die Auswirkungen dieser Krise werden ebenso tiefgreifend sein wie ihre destruktive Dynamik. Deshalb ist es wichtig, zwei unmittelbare Folgen in der Weltwirtschaft nicht aus den Augen zu verlieren: erstens einen wachsenden Trend zu Protektionismus, steigenden Zöllen und Wirtschaftsnationalismus und zweitens die Intensivierung des imperialistischen Kampfes um den Weltmarkt.

Manche Stimmen behaupten, dass die chinesische Wirtschaft einen verheerenden Schlag erleiden wird. Natürlich wird sich die Schrumpfung des Weltmarkts negativ auf ihren Produktionsapparat auswirken, aber wenn solche Behauptungen aufgestellt werden, muss sich China an seinen Konkurrenten messen lassen. Der chinesische Kapitalismus, ein aufstrebender Staatskapitalismus, der enorme finanzielle und produktive Ressourcen in den Händen seines Staatsapparates konzentriert und seine strategischen Bedürfnisse schneller als andere decken kann, hat klare Wettbewerbsvorteile gegenüber den USA oder der EU. Diese Krise macht das deutlich, und zwar nicht nur im Gesundheitsbereich.

Die Frage, die es zu beantworten gilt, ist konkret: Wie wird der chinesische Produktionsapparat auf die Lähmung Europas und der USA reagieren? Indem er die Lücken füllt, die seine Konkurrenten hinterlassen haben, wie es sich bei der weltweiten Versorgung mit medizinischen Produkten zeigt, und indem er die Arbeitsproduktivität in seinen Fabriken erhöht, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und neue Märkte zu erobern.

China wird zweifellos zu einer Referenz für kleinere kapitalistische Nationen werden und sein Einfluss wird in den kommenden Monaten und Jahren wachsen. Die Hilfsangebote an Italien oder die spanische Regierung, ganz zu schweigen von den Hilferufen an Peking aus Afrika und Lateinamerika, wird diese Entwicklung nur weiter verstärken und tiefgreifende Veränderungen in den internationalen Beziehungen hervorrufen.

## Der kapitalistische Staat eilt den Kapitalisten zu Hilfe

Die westlichen Mächte reagierten auf die Krise von 2008, indem sie die Rettung des Finanzsystems aus den Taschen der Arbeiterklasse finanzierten. Auch heute rettet der kapitalistische Staat wieder Unternehmen und Spekulanten. Und auch die heutigen Rettungspakete haben wieder einmal die Stimmen der „demokratischen Ärzte“ des Systems entfesselt, die über die „keynesianischen“ Maßnahmen geifern oder einfach über den Charakter dieser Pakete lügen, wie es beispielsweise die PSOE-Podemos-Regierung im spanischen Staat tut. Noch einmal müssen wir betonen, dass die aktuellen staatlichen „Interventionen“, die viele Ökonomen als Keynesianismus bezeichnet haben, nichts mit Verstaatlichungen von Großunternehmen und der Produktion im klassischen Sinne zu tun haben.

Der Keynesianismus als Wirtschaftsdoktrin der Bourgeoisie wurde unter ganz bestimmten historischen Umständen angewandt: nach dem Tod von zig Millionen Menschen und der massiven Zerstörung von Produktivkräften in Europa während des Zweiten Weltkriegs und angesichts der Panik des US-Imperialismus über das Voranschreiten der Revolution in Frankreich, Italien und Griechenland und der Roten Armee im Osten, während auf der politischen Bühne die Sozialdemokraten und Stalinisten den bürgerlichen Regierungen Rückendeckung gaben, die Revolution sabotierten und den Wiederaufbau auf der Grundlage der kapitalistischen „Demokratie“ und des Sozialpaktes ermöglichten.

Die Bourgeoisie ist durch die Umstände des Klassenkampfes gezwungen, Zugeständnisse zu machen, und wenn es sein muss auch temporär größere. Momentan sind die parlamentarische Linke und die Bürokraten der großen Gewerkschaften aber auf Kuschelkurs mit der herrschenden Klasse und versuchen durch Klassenfrieden revolutionäre Bewegungen zu verhindern. Es ist zu vermuten, dass sie, bevor sie zu Maßnahmen wie in der europäischen Nachkriegszeit greifen, eher verstärkt nach dem Muster handeln, wie wir es in der Krise 2008 gesehen haben. Natürlich kann es sein, dass dieser Plan nach hinten losgeht und sie statt eines angepassten Klassenkampfes mit einer handfesten Situation von Revolution und Konterrevolution konfrontiert sind.

### Krise der EU

Die Bourgeoisien aller Länder bereiten sich darauf vor, ihre Monopole in den aufkommenden interimperialistischen Konflikten der kommenden Rezession mit aller Macht zu verteidigen. Das sind die objektiven Kräfte, die hinter der Krise der Europäischen Union stehen. Die Regierungen Südeuropas, angeführt von Italien und Spanien, verlangen von Merkel, dass Deutschland einen Teil dieser Krise schultert. Die deutsche Bourgeoisie weigert sich jedoch die Kosten dieses Debakels aufzuteilen.

„Wir müssen ein gemeinsames Schuldinstrument erarbeiten (...) Wir müssen den Ernst der Lage verstehen und drastische Maßnahmen ergreifen, um unsere Wirtschaft zu stabilisieren“ fordern Pedro Sánchez, Comte und Macron in ihrem jüngsten, offenen Brief an den Europarat. Dazu sagt der deutsche Wirtschaftsminister, hinter ihm die deutsche Industrie und das Finanzkapital, aber „Nein“.



Die deutsche und niederländische Bourgeoisie lehnt „Eurobonds“ ab und tut alles in ihrer Macht stehende, um eine „Ansteckung“ mit der Wirtschaftskrise zu verhindern. Deswegen sagt Merkel jetzt, dass südeuropäische Länder Darlehen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Anspruch nehmen sollen. Das gleiche hat Griechenland damals gemacht und genau wie damals werden im Gegenzug zu diesen Darlehen harte Sparmaßnahmen und weiterer Sozialabbau gefordert.

Europa ist am Ende. Das Projekt EU, so wie wir es kennen, ist gescheitert. Das zeigen der Brexit und die verheerenden Folgen der Euro-Krise 2014, die nur durch die kapitalistische Unterwerfung des griechischen Volkes eingedämmt werden konnten und jetzt wieder aufflammen.

Überall findet jetzt eine Rückkehr zum wirtschaftlichen Nationalismus durch verstärkte Zollpolitik, wettbewerbsorientierte Währungsabwertung und protektionistische Maßnahmen statt, um den heimischen Markt vor externen Angriffen zu schützen. Dass jegliche Koordination zwischen den Weltmächten fehlt, wird klar, wenn man sich das Scheitern der letzten G20- und EU-Treffen ansieht.

### Ein Programm und eine Partei für die sozialistische Revolution

Das ganze Gerede, wonach die geschichtlichen Bedingungen noch nicht „reif“ genug seien für den Sozialismus, ist nur das Produkt der Unwissenheit oder eines bewußten Betrugs. Die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution sind nicht nur „reif“, sie haben sogar bereits begonnen zu verfaulen. Ohne sozialistische Revolution, und zwar in der nächsten geschichtlichen Periode, droht die menschliche Kultur in einer Katastrophe unterzugehen. Alles hängt ab vom Proletariat, d. h. in erster Linie von seiner revolutionären Vorhut. „Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung“, so schrieb es Leo Trotzki in seinem „Übergangsprogramm“.

Die Aussicht auf Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Toten und besonders die humanitäre Katastrophe, die sich in den Vereinigten Staaten abzeichnet, macht die desaströsen Folgen von jahrelangen Kürzungen und Privatisierungen deutlich. Dazu kommen nun noch zig Millionen neue Arbeitslose, Fabrikschließungen und der Zusammenbruch des globalen Gesundheitssystems, was zum exponentiellen Anstieg der Armutsrate führen wird.

Es ist kein Zufall, dass internationale Institutionen und Analysten berichten, dass eine Rezession bevorsteht, die härter sein wird als der Crash von 1929. Alle, die jetzt ver-

suchen die öffentliche Meinung zu beschwichtigen indem sie eine V-Förmige Erholung vorhersagen – unter ihnen auch viele Führer der reformistischen Linken – werden noch an ihren Worten ersticken.

Der Crash von 1929 führte zur Krise des Kapitalismus, zur Niederlage der sozialistischen Revolution in Europa, zum Faschismus und letztendlich zu einem zerstörerischen Weltkrieg. In der momentanen Situation ist ein solcher Krieg ausgeschlossen. Mit dem vorhandenen Atomwaffenarsenal in den Händen der imperialistischen Großmächte wäre eine gegenseitige Auslöschung unausweichlich. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine regionalen Kriege geben wird, die Millionen Menschenleben fordern und Flüchtlinge und Verwüstung hinterlassen werden.

Angesichts der jetzigen Situation wird die Bedeutung von Engels' durch Rosa Luxemburg berühmter gewordenen Ausspruch „Sozialismus oder Barbarei“ wieder mehr als deutlich. Die heutige Rezession wird die Legitimationskrise des bürgerlichen Parlamentarismus verstärken, die soziale und politische Polarisierung verschärfen und die Spaltung der herrschenden Klasse vorantreiben. Auch wird sie die autoritären Tendenzen der Regierungen stärken. Sie wird das Oszillieren der instabilen Mittelklasse zwischen links und rechts befeuern. Der Aufstieg rechtsextremer Gruppen und die Stärkung des Polizeistaates könnten zur Bedrohung werden. Wenn wir frühere Fehler nicht wiederholen wollen, müssen wir die Lehren aus der Geschichte ziehen. Neue reformistische Linksparteien wie Podemos, Syriza, Bloco de Esquerdas, DIE LINKE und andere haben versprochen, dass sie, sobald sie in die Regierung kommen, mit der kapitalistischen Politik brechen und die kapitalistische Oligarchie in die Knie zwingen. Aber statt das zu tun, haben sie ein revolutionäres marxistisches Programm durch einen Cocktail von radikalen kleinbürgerlichen Ideen ersetzt, um dem Kapitalismus einen humanistischen Anstrich zu geben. Wir wissen, dass dies nichts als reaktionäre Utopie und Hirngespinnste sind, die verworfen werden müssen. Der Kapitalismus, in dem wir jetzt leben, ist der einzige Kapitalismus, den es geben kann. Der Kapitalismus, der unsere Umwelt zerstört und Millionen von Menschen auf dem Altar der Profite des Finanzkapitals opfert.

Die Führer der reformistischen Linken, völlig abgeschottet von den Problemen normaler Leute, sind geblendet vom parlamentarischen Kretinismus und nicht in der Lage, Lösungen für die gegenwärtigen Probleme zu finden. Ganz im Gegenteil ordnen sie sich im kapitalistischen System ein und versuchen Brotkrümel als große anti-neoliberale Erfolge zu verkaufen. Gleichzeitig arbeiten sie begeistert an „patriotischen“ Maßnahmen und Rettungspaketen für Banken und große Unternehmen mit.

Wir müssen ein für alle Mal mit ihnen brechen, mit all denen, die versuchen, die Arbeiterklasse zu täuschen, damit sie nicht den Weg der Revolution geht. Der einzige Weg, der drohenden Katastrophe entgegenzutreten, besteht darin, dass die Arbeiterklasse an der Spitze der Unterdrückten die Macht übernimmt, die Banken, die Monopole und das Land unter demokratischer Kontrolle verstaatlicht. Nur indem wir die Gesellschaft auf sozialistischer und demokratischer Grundlage organisieren, können wir dem Abgrund entkommen, in den der Kapitalismus uns führt.



Dieses System hat destruktive Kräfte entfesselt, die es nicht mehr bändigen kann. Und es hat die Voraussetzungen für eine offene Rebellion der Arbeiterklasse geschaffen. Deshalb gibt es keine Zeit zu verlieren. Doch unsere „linken“ Repräsentanten bleiben weit hinter der tatsächlichen Stärke der arbeitenden Bevölkerung zurück. Die klassischen Bedingungen einer Revolution, die die Reformisten als hilflos abgetan hatten, zeigten sich deutlich in den zahlreichen Massenbewegungen, Rebellionen und Aufständen, die wir 2019 erlebt haben: Spaltungen in der herrschenden Klasse, Entschlossenheit der Unterdrückten, der Arbeiter und der Jugend, den Kampf bis zum Ende zu führen, Neutralität oder sogar Unterstützung aus den Mittelschichten... Aber in all diesen Fällen fehlte der entscheidende Faktor, damit diese günstigen Bedingungen im Sieg gipfeln können: eine revolutionäre Partei, bewaffnet mit dem Programm des Marxismus und mit Einfluss unter den Massen.

In den großen Kämpfen fragt ein Revolutionär nicht, was im Falle einer Niederlage geschehen wird, sondern was getan werden muss, um den Sieg zu erringen. Es ist möglich, es ist erreichbar, also muss es getan werden. Die konkrete Aufgabe besteht darin, im Laufe der gewaltigen Ereignisse, mit denen wir konfrontiert sind, die Wut und Unzufriedenheit von Millionen in eine bewusste Unterstützung des Programms der sozialistischen Revolution zu verwandeln.

Die Arbeiterklasse kann nur auf ihre eigenen Kräfte vertrauen, um dem verrotteten Regime des Privateigentums und des Nationalstaates ein Ende zu setzen. Und um dieses Vertrauen zu erlangen, muss sie eine klare Perspektive und ein klares Programm haben, das nur eine stabile und entschlossene Führung bieten kann. Auf diese Weise wird die Rolle der revolutionären Partei zum entscheidendsten objektiven Faktor von allen.

Durch ihre Erfahrung, und ein Gramm dieser schrecklichen Erfahrung ist für die großen Massen wertvoller als eine Tonne Theorie, werden die Arbeiter und ihre Avantgarde die richtigen politischen und praktischen Schlussfolgerungen ziehen. Wir müssen eine revolutionäre Partei aufbauen, die in der Lage ist, diese Aufgabe erfolgreich zu bewältigen: Die Enteigner werden endgültig enteignet, und der durch Lohnarbeit erzeugte Reichtum wird für echte soziale Gerechtigkeit nutzbar gemacht. Der Sieg des Sozialismus wird auch der Sieg der Menschheit sein. ■



Nadja Habibi

Wenn ein Hamburger Betrieb vor fünf Monaten 1.000 Atemschutzmasken für seine Mitarbeiter bestellt hat, hat er dafür 40 Euro bezahlt. Heute kostet ihn die gleiche Anzahl von Schutzmasken 1.800 Euro.

Auch wenn in Zeiten der Corona-Pandemie diese Masken umso mehr gebraucht werden, führt die Logik des freien Marktes dazu, dass diese nötigen Güter einen hohen Preisanstieg verzeichnen und nicht dazu, dass sie zugänglicher für alle werden.

### Warum wir Verstaatlichungen fordern

Ereignisse wie der Preisanstieg der Atemschutzmasken in den letzten Monaten zeigen, dass das höchste Gesetz auf dem privaten Markt nicht unsere Bedürfnisse sind, sondern der Profit des individuellen Unternehmens. Ihre Chefetagen werden den Profit immer dem Wohle der Menschen vorziehen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

In einer Situation, in der die Bedürfnisse der breiten Mehrheit der Bevölkerung so offensichtlich mit der Anarchie des privaten Marktes kollidieren, drängt sich automatisch die Frage nach der Lenkung und staatlichen Kontrolle der Wirtschaft auf. Deshalb fand auch die Umstellung der Produktion des Textilherstellers Trigema auf wiederverwendbare Atemschutzmasken in enger Kooperation mit dem Sozialminister Manfred Luchs in Baden-Württemberg statt.

Verschiedene Unternehmen haben bereits vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ihre Produktion umgestellt - von Kleidung auf Atemschutzmasken, von Alkohol als Genussmittel auf Desinfektionsmittel oder auch von Autoteilen auf Medizintechnik, die zum Beispiel für Beatmungsgeräte genutzt wird. Doch solche Entscheidungen sollten nicht einzelne Besitzer von Produktionsmitteln individuell treffen, sondern sind nur dann wirklich effektiv, wenn sie demokratisch diskutiert werden und geplant passieren. Selbiges gilt für die Umstellung der Produktion auf Schutzkleidung, Atemmasken, etc., auch um eine rasante Preiserhöhung dieser Güter zu vermeiden. Aber in einem kapitalistischen

# Enteignen & Jetzt sofort -

## Unser Programm zu Verstaatlichungen

listischen Wirtschaftssystem ist ein solches Vorgehen, das alle Wirtschaftssectoren umfasst, unmöglich.

### Sozialistische statt kapitalistischer Verstaatlichungen

Auch wenn der bürgerliche Staat in Zeiten der Krise teilweise in die Wirtschaft eingreift, reicht dies noch lange nicht aus und ändert nichts daran, dass die Profite weiterhin in private Taschen fließen. So werden öffentliche Gelder während der Krise in das Gesundheitssystem investiert, aber die Krankenhäuser bleiben privat und die Profite fließen weiter in die Taschen der privaten Eigner. So werden Profite privatisiert und Verluste kollektiviert - finanziert vom Steuerzahler!

Immer wieder gibt es Momente, in denen der bürgerliche Staat auf Enteignungen und Verstaatlichungen zurückgreift – oft um die Profite der privaten Unternehmen zu sichern oder zu steigern. Bekannt ist das Beispiel von Enteignungen durch den Staat aufgrund von Autobahn- oder Straßenbau. Der Tagesspiegel berichtete im Mai 2019 darüber, dass zu diesem Zeitpunkt 200 Enteignungsverfahren liefen. Offensichtlich sind Enteignungen an sich keine radikale Maßnahme, solange sie nur die kleinen Leute treffen und keine großen Banken und Konzerne.

Auch Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen durch den bürgerlichen Staat sind keine Ausnahme. Noch vor einigen Jahrzehnten waren viele Wirtschaftsbereiche, die heute privat sind, in öffentlicher Hand, wie weite Teile der Infrastruktur (Straßenbau, Wasser,...) oder des Bildungs- und Gesundheitswesens. Diese für den Wirtschaftsbetrieb unabdingbaren Aufgaben erledigte der bürgerliche Staat für den einzelnen Kapitalisten. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ – so beschrieben es Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“.

In den 50er- oder 60er-Jahren war es nicht nötig, daran etwas zu ändern. Die Profite im produktiven Sektor überstiegen bei weitem alle Renditeaussichten im öffentlichen Bereich. Der Grund dafür, dass es in den 80er-Jahren zu einer Privatisierungswelle kam, liegt darin, dass es immer schwieriger wird profitable Anlagemöglichkeiten im produktiven Sektor zu finden.

Doch dass im öffentlichen Sektor die Möglichkeit der Geldanlage geschaffen wurde, führt dazu, dass diese Bereiche nicht instand gehalten und wichtige Investitionen unterlassen werden. In Deutschland sind seit 1992 die Zahl der Krankenhausbetten um ungefähr 30% reduziert und ein ebenso großer Anteil des Personals abgebaut worden.

# verstaatlichen aber richtig!

## ungen während Corona & Krise

### Teilverstaatlichungen in der kapitalistischen Krise?

Verstaatlichungen, wie sie aktuell geplant sind, verfolgen nicht die Absicht, den staatlichen Sektor im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ganz wiederherzustellen. So wurden schon in der Vergangenheit etliche Male Unternehmen in der Krise teilverstaatlicht, nur um sie dann, wenn wieder hohe Renditen in Aussicht waren, zu reprivatisieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Jahr 2007 kaufte die deutsche Staatsbank KfW für 10 Mrd. € 90,8 Prozent der Anteile der Industriebank IKB, die in die Krise geraten war. 2008 verkaufte sie sie wieder für einen Spottpreis von 137 Millionen an die US-Investmentgesellschaft Lone Star.

Solche Verstaatlichungen reichen nicht aus, um das Chaos auf dem Privatmarkt zu bändigen und das grundsätzliche Problem zu lösen, dass für private Profite gewirtschaftet wird. Gerade die Coronapandemie macht deutlich, wie schnell man an seine Grenzen stößt, würde man nur einzelne Betriebe oder Sektoren verstaatlichen. Zwar hätte man dann – und auch davon ist man heute noch weit entfernt – vielleicht ein staatliches Gesundheitswesen. Doch was ist mit der Herstellung von Medikamenten, deren Erforschung durch Konkurrenzwirtschaft und Patentrecht nach wie vor massiv aufgehalten wird? Was ist mit der Lebensmittelversorgung oder dem Transport neu hergestellter Klopapierrollen? Und so greift in unserer Wirtschaft das eine Zahnrad ins andere – und wirkliche Kontrolle erlangt nur der, der über weite Teile des Finanzwesens, der Infrastruktur und der Schlüsselindustrien das Sagen hat.

### Ein sozialistisches Programm für Verstaatlichungen

Selbstverständlich ändert eine einzelne Verstaatlichung als Selbstverständlich muss die Enteignung eines einzelnen Unternehmens oder einer Branche nicht den Kapitalismus infrage stellen. Aber wie gesagt: dass auch im öffentlichen Sektor immer mehr privatisiert wurde, hängt damit zusammen, dass das Kapital nach profitablen Anlagemöglichkeiten sucht.

Deshalb ist der Kampf gegen Privatisierungen und um demokratischen Einfluss in den Betrieben innerhalb des kapitalistischen Systems ein ewiges Tauziehen. Selbst wenn wir die Rückverstaatlichung des gesamten Gesundheitswesens gewinnen – im nächsten Atemzug werden sie einen weiteren Bereich privatisieren.

Das ändert sich erst, wenn die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung – das Privateigentum an den Produktionsmitteln – überwunden sind.



### Entschädigungen für die Profiteure?

Ob für einzelne Verstaatlichungen auch Entschädigungen stattfinden sollen, ist eine andere Frage. Doch was wir derzeit erleben ist, dass hunderte Milliarden öffentlicher Gelder in die Großbanken und –konzerne gesteckt werden, während die Profite weiter ausgezahlt werden und bei den einfachen Arbeitenden gekürzt wird. Aus diesem Grund lehnen wir eine Entschädigung nach- sowieso völlig überbewertetem – Marktwert ab. Eine Entschädigung von Kleinaktionären bei erwiesener Bedürftigkeit schließen wir nicht aus. Wir fordern deshalb die Öffnung der Geschäftsbücher, damit wir sehen wohin die gesamten Profite in den letzten Jahren geflossen sind.

### Für Arbeiterdemokratie!

Eine sozialistische Verstaatlichungspolitik zielt darauf ab, das marktwirtschaftliche Chaos von Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Wirtschaftskrisen zu überwinden und durch eine demokratisch geplante Produktion zu ersetzen, die nicht von Gewinnchancen abhängt, sondern von gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Dabei meinen wir etwas anderes, als den durchbürokratisierten Staat, wie er in der DDR existiert hat. Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Arbeitenden auf demokratischem Weg über Belange von Wirtschaft und Gesellschaft entscheiden. Solche Formen der Organisierung haben wir zum Beispiel während der Krise in Griechenland gesehen, als die Seifen-Fabrik „vio.me“ geschlossen werden sollte und daraufhin die Arbeiterinnen und Arbeiter die Fabrik besetzt, sich in einem Rat organisiert und die Produktion übernommen haben. Selbstverständlich reicht es nicht, wenn das nur in einem Betrieb passiert. Wir kämpfen dafür, dass die gesamte Wirtschaft auf diese Art demokratisch geplant organisiert wird und fordern deshalb die Verstaatlichung aller Schlüsselindustrien und Banken und ihre Kontrolle und Verwaltung durch die Arbeiterklasse. Diese Umwälzung wird uns nicht geschenkt – wir müssen sie auf der Straße und in den Betrieben selbst erkämpfen!

Um einen solchen Kampf zu gewinnen, brauchen wir eine sozialistische Partei der Arbeiterklasse und eine Organisation, die die Ideen des revolutionären Marxismus verteidigt.

**Es gab nie eine bessere Zeit Marxist zu werden - mach mit bei Offensiv!**

# „Die Getriebenen“

## Propaganda der untersten Schublade



Fyn Hansow

Dass große Filmproduktionen meistens die Vorstellungen von Teilen der herrschenden Klasse widerspiegeln, ist nichts neues. Doch der erstmalig am 15. April ausgestrahlte Spielfilm „Die Getriebenen“, eine Produktion des öffentlich-rechtlichen ARD, treibt diese Art der Propaganda dermaßen auf die Spitze, dass es zum Teil schwer zu glauben ist, dass es sich nicht um Satire handelt. Der Film verkündet, die Geschehnisse im Kanzleramt im Sommer 2015 während der sogenannten Flüchtlingskrise realitätsnah nachstellen zu wollen. Dabei ist er vor allem eines: Geschichtsfälschung par excellence, die von der bürgerlichen Presse beinahe kritiklos aufgenommen wird. Vor 3,98 Millionen Zuschauern (so hoch war die Einschaltquote während der Erstausstrahlung) wird Angela Merkel als einfühlsame Heldin einer humanistischen Politik dargestellt, die nicht perfekt sein mag, aber letztlich über alle Zweifel erhaben ist.

### Die wahren Hintergründe der Flüchtlingskrise 2015

Dreh- und Angelpunkt des Films ist die „Wir schaffen das“-Politik von Merkel, die sich ab der Grenzschließung Ungarns gegenüber den Flüchtlingsströmen von der Balkanroute durchgesetzt hat und die eine zeitweise Öffnung der deutschen Grenzen bedeutete. Doch anders als der Film

es darstellt, war diese Politik nicht Ergebnis der Entscheidungen der von den tragischen Ereignissen „getriebenen“ Politiker, sondern von klaren wirtschaftlichen Interessen und Abwägungen.

Die wirtschaftliche Produktion der Bundesrepublik und die zunehmend sinkende Geburtenrate in Verbindung mit dem erhöhten Konkurrenzdruck auf dem internationalen Markt, der auf Deutschland als „global player“ besonders stark wirkt, haben das Bedürfnis des Kapitals nach einer größeren Zustrom neuer Arbeitskräfte verstärkt.

Wo in den 90er und 2000er Jahren die Demontage der ehemaligen DDR-Betriebe und die innereuropäische Migration ausgereicht haben, witterte ein Teil der herrschende Klasse (vertreten von Angela Merkel) im letzten Jahrzehnt die Chance, die neuen Migrationsbewegung zu nutzen.

Gleichzeitig war sich ein anderer Teil der herrschenden Klasse, vor allem in den Führungspositionen der Union, bewusst über die Gefahr einer solchen Politik der zeitweiligen „offenen Grenzen“, nachdem sie jahrelang rassistische Vorurteile geschürt hatten. Sie hat neuen Parteien wie der AfD in die Hände gespielt und die bröckelnde Wählerbasis der CDU und CSU zersetzt.

### Die „Mutti“ und die Flüchtlinge

So war die Politik in diesen Monaten ein Lavieren zwi-



schen diesen verschiedenen Polen. Und eins war sie dabei immer: im Profitinteresse der Kapitalisten, weit davon entfernt „menschlich“ zu sein.

Der Film tut so, als wären die Bilder der Katastrophen an den europäischen Grenzen 2015 neu gewesen; als hätte es nicht schon Jahre vorher Frontex und Flüchtlingsboote gegeben; als hätte Merkel aus purer Menschlichkeit im Alleingang die ungarischen Rassisten besiegt. Und das am 15. April 2020, nur Wochen nachdem erneut die schrecklichen Bilder von den EU-Grenzen die Runde gemacht haben und in Lagern wie Moria abertausende Menschen wie Tiere eingepfercht sind. Weit scheint es nicht her zu sein mit „Muttis“ Humanismus.

Stattdessen zeigt der Film in ermüdender Länge eine Nachstellung des tatsächlich stattgefundenen Fernsehauftritts bei „Gut leben in Deutschland“, wo Merkel spontan ein Flüchtlingsmädchen mit den geistreichen Worten „Ich möchte sie auch mal streicheln“ tröstet (der Aufenthaltsstatus der Angehörigen dieses Mädchens ist im Mai 2019 übrigens abgelaufen). Was für eine widerliche Heuchelei.

### Eine Bilanz der Ära Merkel

Doch es wäre falsch, die Darstellung von Merkel in diesem Film nur anhand der Flüchtlingsfrage zu beurteilen. In einer der Schlüsselszenen sitzt sie nach den rassistischen Demonstrationen in Heidenau im Kanzleramt und fragt sich selber: „Woher kommt all der Hass? Uns geht es doch gut.“ Es ist schwer, ein anderes Beispiel für eine ähnlich dumm-dreiste und plumpe Lüge in einem Propagandafilm zu finden.

In den 15 Jahren, die Merkel Deutschland bisher als Bundeskanzlerin regiert hat, ist sie die Totengräberin auch noch der letzten (wenn auch schon beschränkten) sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit gewesen. Unter ihrer Regierung wurden die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010, die tagtäglich Tausende Menschen (nicht nur die Familie des Mädchens, dass sie so liebevoll gestreichelt hat) der

entwürdigenden Schikane aussetzt, umgesetzt; die Renten hart arbeitender Menschen wurden so weit herabgedrückt, dass heute im Müll wühlende oder unter Mindestlohn arbeitende Rentner keine Ausnahme mehr sind; Zeitarbeit und befristete Arbeitsverträge, die die erkämpften Arbeitsrechte untergraben, sind für die meisten Beschäftigten alltäglich geworden; die Krankenhäuser sind so kaputt gespart, dass schon im Normalfall kaum die Versorgung aufrecht erhalten werden kann, geschweige denn während Corona; von NRW bis Sachsen stehen große Teile der Arbeiterjugend, egal mit welcher Herkunft, vor Hoffnungslosigkeit und Niedriglohnarbeit. Und das alles, während die Politiker dicke Renditen kassieren, die Kapitalisten Rekordprofite erzielen und Verbrecher wie die VW-Geschäftsführung gedeckt werden! Natürlich ist an diesen politischen Verbrechen nicht nur Merkel direkt Schuld; die anderen Politiker, von Jens Spahn bis Wolfgang Schäuble und ihre Komplizen in der SPD-Führung, verdienen genauso unseren Hass.

Dass ein solcher Film gerade zu der jetzigen Zeit herauskommt, ist kein Zufall. Die Ära Merkel neigt sich, spätestens mit den Bundestagswahlen 2021, ihrem Ende zu. Gerade in der jetzigen Krise braucht die herrschende Klasse eine andere Art Führungsfigur an der Spitze. Eine, die lautstärker und offensiver die „Nationale Einheit“ heraufbeschwören und uns dabei den Krieg ansagen kann. Doch an der Politik im Interesse der Reichen wird sich nicht viel ändern. Der Film ist dabei der Versuch, die Person Angela Merkel im Nachhinein im wahrsten Sinne heiligzusprechen. Selten hat es eine ähnliche Kombination an politischer Heuchelei, schriftstellerischer und filmischer Unfähigkeit, schauspielerischem Versagen und Fremdscham gegeben. Es ist schwer, bis zum Abspann durchzuhalten.

Doch es „lohnt“ sich, denn es wird noch einmal deutlich, was für eine Politik wir brauchen: eine des offensiven Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Politik für Banken und Konzerne, gegen jede rassistische Spaltung und für eine Welt, in der niemand mehr aus Verzweiflung im Mittelmeer ertrinken muss. ■

# #Schulboykott: Verzichtet auf die Abschlussprüfungen!

**Für die Option auf Durchschnittsnoten in der Ausbildung!**



Wir veröffentlichen hier den offenen Brief der Abschlussklassen 178-2+, 178-1, 178-3, 178-4, 188-1 II, 188-2 II, Efe 178-1 und Spa 188-3 an der Fachschule für Sozialpädagogik in Hamburg Altona

„Die schrittweise Schulöffnungen der Bundesregierung und der Umgang der Schulbehörde auch in Hamburg gefährdet unser aller Leben. Wir sind auszubildende Erzieherinnen und Erzieher im dritten Jahr der schulischen Ausbildung und die Prüfungen stehen vor der Tür. Seit Wochen fragen wir uns, wie das alles funktionieren soll.

Nun kam wie erwartet ein Brief der Schule: Wir sollen ab dem 27. wieder in die Schule, müssen auf dem Gelände Masken tragen, werden nur in den prüfungsrelevanten Fächern unterrichtet und sollen dann wohl in kleineren Gruppen in den Räumen zusammenkommen. Lassen wir mal kurz das Risiko der Ansteckung auf dem Weg in den öffentlichen Verkehrsmittel und in den Gruppen außen vor, und dass sich auch unter uns einige Angehörige der Risikogruppen finden – obwohl uns ganze Wochen Unterricht fehlen, sollen die Abschlussprüfungen ganz normal abgehalten werden, ganz unabhängig von den individuellen Lebensverhältnissen, in denen wir uns im Lockdown befinden, und ob wir auf Lehrmittel zugreifen können oder nicht. Ebenso wie Schüler von Haupt-, Real- und Abiturjahrgängen sollen wir ein paar Tage in die Schule, um dann wie gewohnt unsere Prüfungen abzulegen.

So wahnsinnig das schon in den Schulen ist, umso unzumutbarer ist es bei uns in der Ausbildung. Wir müssen neben der Ausbildung arbeiten und aufgrund der aktuellen Lage teilweise in Jobs, die gleichzeitig zur regulären Schul-

zeiten stattfinden. Wir haben Eltern unter uns, die seit Wochen auf ihre Kinder aufpassen, keine Zeit zum Lernen haben und jetzt organisieren sollen, dass ihre Kinder während dieser Zeit betreut werden. Hinzu kommt, dass viele von uns sich um ihre Familie, Verwandte und Freunde kümmern, die zur Risikogruppe gehören.

***Heute ist nicht alles beim Alten: viele konnten unter diesen Umständen nur erschwert lernen. Wenn ihr nicht unsere sozialen Umstände, sondern unsere Befähigung, gute Erzieherin und Erzieher zu sein, für unseren Abschluss prüfen wollt, verzichtet auf den Zwang zur Abschlussprüfung!***

***Auf Abschlussprüfungen zu verzichten und unsere Gesundheit schützen ist möglich, wenn es politisch gewollt wird!***

Andere Berufsschulen haben den notwendigen Schluss bereits gezogen – die Berufsschule für Sozialpädagogik in Hameln hat ihre Prüfungen abgesagt und will nach Durchschnittsnoten bewerten – die Zeugnisse können am 1. Juni abgeholt werden. Auch Staaten wie die Niederlande oder Spanien verzichten in der jetzigen Zeit auf Prüfungen, und auch der DGB hat gefordert, dass die Prüfungen nicht abgehalten und auf Grundlage der Durchschnittsnote bewertet wird. Dem schließen wir uns an!

Ihr sagt, dass das alles getan wird um unsere Gesundheit zu schützen? Mit obligatorischen Abschlussprüfungen gefährdet ihr so viele von uns, und tragt dabei kein Stück zu unseren Fähigkeiten bei, unseren Beruf verantwortungsbewusst, motiviert und liebevoll auszuüben.

Wir fordern optionale Prüfungen! Wer jetzt auf der Kippe steht, soll die Möglichkeit bekommen, sich prüfen zu lassen. Allen anderen wird auf Grundlage der bisherigen Durchschnittsnoten das Abschlusszeugnis ausgestellt.

Unsere Ausbildung und unsere Arbeit liegt uns am Herzen – und so bleibt uns keine Möglichkeit, die Prüfungen individuell zu boykottieren. Wir können nur gemeinsam handeln! Der richtige Schritt wäre, mit Unterstützung der ver.di und GEW, unserer Lehrerinnen und Lehrer und vieler anderer Klassen die Prüfungen zu bestreiten und Druck aufzubauen, um jeden Einzelnen von uns zu schützen. Es kann keine Option sein, dass diejenigen, die in der jetzigen Lage nicht teilnehmen oder sich nicht vorbereiten können, im Regen stehen gelassen werden!

Wir sind die Auszubildenden der Abschlussklassen 178-2+, 178-1, 178-3, 178-4, 188-1 II, 188-2 II, Efe 178-1 und

Spa 188-3 an der FSP2. Wir richten uns an die Öffentlichkeit, die in den letzten Wochen den Lockdown ebenso wie wir miterlebt haben. Wir richten uns an alle Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir Tag für Tag zusammenarbeiten und die unsere Situation kennen. Wir richten uns an alle Eltern, deren Kinder wir täglich betreuen sollen und für die wir als Erzieher eine wichtige Unterstützung darstellen.

**Heute sind wir auf eure Unterstützung angewiesen – bitte verbreitet diesen Brief, zeigt ihn euren Freunden und Kollegen! Wir richten uns an alle Hamburger Abschlussklassen: wir müssen gemeinsam handeln, uns koordinieren und Solidarität untereinander beweisen!**

**Nur wenn wir zusammenhalten, können wir gewinnen!**

## Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-system gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

**Soziale Verbesserungen für Alle!** Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

**Gute Arbeit.** Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

**Volle demokratische Rechte.** Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

**Frauen.** Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

**Jugend.** Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.400€ brutto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

**Ökologie.** Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

**Eine Klasse – ein Kampf:** Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

**Gewerkschaften.** Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

**Geplant und demokratisch wirtschaften!** Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

**Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!**



# 1. Mai Kampftag der Arbeiterklasse

## **Solidaritätsbotschaft an die Kampagne für optionale Prüfungen der Erzieherabschlussklassen**

An die Abschlussklassen der FSP 2,

in den letzten Tagen und Wochen haben wir die Entwicklungen an den Erzieherfachschulen in Hamburg und der FSP 2 im Besonderen aufmerksam verfolgt. Hiermit möchten wir unsere Solidarität mit eurem Kampf und unsere vollste Unterstützung ausdrücken!

Die Entscheidungen der Schulbehörde in Hamburg und der Kultusministerkonferenz sind eine Frechheit. Nicht nur wird unsere Gesundheit und die unserer Freunde und Angehörigen gefährdet, wenn Versammlungsverbote und Maskenpflicht herrschen aber wir gleichzeitig gezwungen werden, in vollen Bussen und Bahnen jeden Tag zur Schule oder zur Arbeit zu fahren; nein, es sollen sogar die Abschlussprüfungen mit nur minimalen Zugeständnissen weiter stattfinden, als wäre die Vorbereitung während Corona nur ansatzweise vergleichbar mit den Vorjahren gewesen! Es ist eine Entscheidung, die von tiefer Ignoranz gegenüber den Auszubildenden zeugt. Denn wir wissen ganz genau, wie für die meisten das „Lernen“ aussieht, wenn fast alle schulischen Angebote wegfallen und sich um Angehörige und Kinder gekümmert werden muss, während man sich mit Jobs über Wasser hält; zumal in einer Ausbildung ohne Ausbildungsvergütung!

Eure Ausbildung und eure Prüfungen liegen euch am Herzen und das zu Recht! Unsere Arbeit ist uns wichtig und nicht nur uns: Wir sind die, die schuften und alles am Laufen halten, egal ob in der Kita, im Krankenhaus, in der Fabrik oder in der Berufsschule. Als Dank dafür erwarten uns schlechte Löhne, befristete Verträge und längere Arbeitszeiten. Und das spüren wir sogar jetzt schon in der Ausbildung!

Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns organisieren, in der Ausbildung, im Abschlussjahr, im Beruf. Nur durch unseren gemeinsamen Kampf können wir unsere Interessen verteidigen.

Dieser Kampf für ein gerechtes Schulsystem und eine Welt, in der die Profite Weniger und das Fortlaufen der Lernfabriken nicht über unsere Gesundheit gestellt werden, ist ungebrochen. Ihr seid ein strahlendes Beispiel dafür!

Solidarität! Die Mitglieder von

